

Antrag

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,
Detlef Ehlebracht, Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski
(AfD)**

**Betr.: Berufung eines Beauftragten der Stadt Hamburg für jüdisches Leben in
Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus**

Der Antisemitismus ist zurück im deutschen Alltag und zeigt sich in neuem Gewand. Bei diesem handelt es sich seit jeher um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und Problem. Die AfD-Fraktion verurteilt mit großer Deutlichkeit jegliche Form von Antisemitismus und stellt sich diesem entschlossen entgegen.

Der emeritierte Göttinger Professor für Internationale Beziehungen, Bassam Tibi¹, spricht von drei Spielarten von Antisemitismus, dem alten Nazi-Antisemitismus und zwei Formen des neuen Antisemitismus. Eine davon ist links und wird von Europäern vertreten; die andere ist rechts und wird von Muslimen vertreten. Deutschland duldet im Namen der Religionsfreiheit den islamischen Antisemitismus. Der alteingesessene äußert sich vorsichtig, wohingegen der neue Antisemitismus sich laut gebärt und schnell verbreitet.

Antisemitismus beschränkt sich nicht bloß auf eine Bevölkerungsschicht, sondern ist in allen Gesellschaftsebenen wiederzufinden. Das Auftreten des Antisemitismus und dessen Praktizierung in der Öffentlichkeit haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt: Kippa tragende Menschen werden verprügelt, zwei Deutschrapper muslimischen Glaubens verharmlosen das Konzentrationslager Auschwitz in ihren Texten und gewinnen dennoch den ECHO-Musikpreis, jüdische Schüler werden gemobbt, Flaggen des Staates Israel werden öffentlich verbrannt und aus Hamburg wird die alljährliche antisemitische Al-Quds-Demo in Berlin mitorganisiert. Und dies sind nur die öffentlich gewordenen Vorfälle. Dass das Sicherheitsgefühl der Hamburger Mitbürger jüdischen Glaubens sich zum Schlechten entwickelt hat, zeigen noch viele andere Faktoren.

Eine Anfrage der AfD-Fraktion vom 13.08.2018 (Drs. 21/14020)² zur Statistik für Politisch motivierte Kriminalität – (PMK) Antisemitismus in Hamburg für das Jahr 2018 ergab, dass bis dato (Stichtag: 14. August 2018) 35 antisemitische Straftaten, davon jeweils 17 als „rechts“ und 17 als „sonstige/nicht zuzuordnen“, registriert worden waren. Die „PMK-links“, „PMK-ausländische Ideologie“ und „PMK-religiöse Ideologie“ tauchen fast gar nicht in der Statistik auf, was in Anbetracht der Aussagen von Herrn Tibi und der Realität auf Hamburger Straßen Grund zur Verwunderung gibt. Dass die meisten Vorfälle in der Statistik fälschlicherweise als „rechts“ zugeordnet werden, ist ein bekanntes Problem. Dies führte dazu, dass auf der letzten Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren im Juni 2018 erörtert wurde, ob die bisherigen Erfassungsvorschriften zu überarbeiten seien.

Aus dieser Anfrage wird auch deutlich, dass die Anzahl an antisemitischen Straftaten in Hamburg kontinuierlich jedes Jahr steigt. Allein vom Jahr 2014 bis 2017 stieg die

¹ <https://bazonline.ch/ausland/europa/der-neue-antisemitismus/story/19449232>.

² <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63419/.pdf>.

Zahl von 24 auf 30, was eine Steigerung um 20 Prozent ausmacht. Die Dunkelziffer wird bedeutend höher sein.

Aus einer anderen Anfrage zur Kostenentwicklung des Schutzes jüdischer Einrichtungen in Hamburg³ ergibt sich, dass sich die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der jüdischen Gemeinden verschlechtert haben. Schien bis 2015 keine Kostenbeteiligung an den privaten Sicherheitsdiensten der Gemeinde seitens der Stadt Hamburg nötig zu sein, wandte sich die Gemeinde im Juli 2016 an die zuständige Behörde und erbat eine Beteiligung an den Kosten des gemeindlichen Wachschutzes, was der Gemeinde ab Oktober 2018 in Aussicht gestellt wird. Ob die Gemeinde bereits vorher ein solches Ersuch erfolglos gestellt hatte, geht aus der Antwort nicht hervor.

Die Stadt Hamburg hat eine lange jüdische Tradition vorzuweisen, worauf auch die AfD-Fraktion stolz ist. Die ersten Juden, sogenannte Sephardim, kamen im Zuge der Reconquista und der damit einhergehenden Vertreibung von der iberischen Halbinsel Ende des 16. Jahrhunderts über Umwege nach Hamburg.⁴ Gerade nach dem schrecklichen und singulären Verbrechen der Shoah, ist es eine besondere Freude, dass in Hamburg 2018 das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg fünf Rabbiner ordiniert wurden. Es erfreut uns zutiefst, dass die jüdischen Gemeinden und vor allem in hier lebenden Juden ein Teil Hamburgs sind.

Bildung ist ein wichtiges Präventionsmittel und muss konsequenterweise in allen gesellschaftlichen und sozialen Schichten angewandt werden. Dass dies in Hamburg in der Vergangenheit nicht immer der Fall war, zeigt unter anderem die Broschüre „Was tun gegen Antisemitismus?! Anregungen zu einer Pädagogik gegen Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“⁵, die im Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration vorgestellt worden ist.

Bei der Lektüre dieser Broschüre gewinnt man den Eindruck, dass eine potenzielle Tätergruppe nicht angesprochen werden soll, nämlich Muslime beziehungsweise Araber. So heißt es im für den Unterricht konzipierten Modul „Die pogromartigen Ausschreitungen im britischen Mandatsgebiet Palästina 1929“⁶, dass es für Gruppen ungeeignet sei, „die sich eindeutig mit der palästinensischen Seite identifizieren möchten“, weil diese in dem benannten Modul lernen, „dass die arabische Bevölkerung in den Konflikten im Nahen Osten nicht nur Opfer ist, sondern mitverantwortlich für die Gewalt, und zwar lange bevor es den Staat Israel gab“ ist, was bei diesen „nicht nur ein schwieriger Erkenntnisprozess, sondern (...) sogar ihr Selbstbild infrage stellen“ könnte.

Dass gleichzeitig dieselbe Broschüre das Modul „Ein Selbstmordattentäter in Tel Aviv“ für Gruppen besonders geeignet sieht, „die Selbstmordattentate als verständliche Reaktion auf den (Nahost)Konflikt ansehen“⁷, zeigt deutlich, dass die bisherigen Werkzeuge sich als ungenügend erwiesen haben und nicht auf die herrschenden realen Verhältnisse angepasst sind, weswegen hier ein Umdenken einsetzen muss.

Der Bundesbeauftragte für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, trat sein Amt dieses Jahr am 1. Mai an. Neben ihm gibt Antisemitismusbeauftragte bereits in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Hamburg hat hier Nachholbedarf, weshalb die Schaffung der Stelle eines Beauftragten für jüdisches Leben in Hamburg und den Kampf gegen Antisemitismus sehr wichtig ist.

³ <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63420/.pdf>.

⁴ Bossong, Georg: Die Sepharden : Geschichte und Kultur der spanischen Juden. München: C.H.Beck, 2016, Seite 79.

⁵ <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/60833/.pdf>.

⁶ Ebenda, Seite 26.

⁷ Ebenda, Seite 28.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen,

dass zeitnah die Stelle eines Beauftragten für jüdisches Leben in Hamburg und den Kampf gegen Antisemitismus eingerichtet wird. Der Beauftragte soll von einem unabhängigen Kreis beraten werden, der sich aus jüdischen und nicht jüdischen Experten aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Er soll dem Senat alljährlich einen Bericht über seine Arbeit und weitere Projekte zur Bekämpfung des Antisemitismus vorstellen.